

Wie geht es in der Flüchtlings-Krise weiter?

Die Debatte um die Unterbringung von Asylbewerbern in Westendorf bleibt aufgeheizt. Jetzt entscheidet der Gemeinderat über die Pläne des Kreises für eine Containeranlage. Warum sich weitere Bürgermeister zu Wort melden.

Von Alexander Vučko

Westendorf/Ostallgäu In der heftigen Debatte um die Unterbringung von Flüchtlingen in einer künftigen Containeranlage in Westendorf ist am Mittwochabend (19.30 Uhr) der Gemeinderat gefragt. Dem Gremium liegt der Bauantrag des Landratsamtes Ostallgäu vor, das diese Wohnmöglichkeit im Ort schaffen möchte. Dem Vernehmen nach wird die Gemeinde das Ansinnen ablehnen. Der Landkreis will auf dem Gelände des ehemaligen Kreisbauhofs Container für bis zu 50 Geflüchtete aufstellen. Gegner des Vorhabens in der Gemeinde machen Sicherheitsbedenken geltend, halten die Infrastruktur im Ort für nicht ausreichend und üben scharfe Kritik an der Kommunikation von Landrätin Maria Rita Zinnecker.

Unterdessen gab es am Sonntag in Westendorf eine weitere Demonstration gegen die Zuweisung weiterer Flüchtlinge und deren Unterbringung in Containern. Nach Angaben der Polizei nahmen 150 Menschen an der angemeldeten

Versammlung teil. Es sei „zu keinen sicherheitsrelevanten Zwischenfällen“ gekommen, sagte eine Sprecherin der Polizei. Eine Initiative, die sich gegen dieses Vorhaben formiert hatte, ruft bis auf Weiteres jeden Sonntag zu angemeldeten Versammlungen auf.

Wie aus Kreisen der Initiative verlautete, sprachen der Allgäuer Bundestagsabgeordnete Stephan Stracke und der neue Ostallgäuer Landtagsabgeordnete Andreas Kaufmann (beide CSU) am Freitag bei einem nicht öffentlichen Treffen mit Bürgermeistern sowie Gemeinderatsmitgliedern und besichtigten den alten Kreisbauhof. Beide hätten zugesagt, die Sorgen der Initiative an die nächste politische Ebene weiterzugeben. An der Versammlung am Sonntag habe zudem ein Besucher aus Tussenhausen teilgenommen, wo es „ähnliche Probleme“ gebe. Auch Baisweiler und Irsee sollen anwesend gewesen sein. In einem Rundschreiben in ihrer Whatsapp-Gruppe dankt die Initiative dem Landtagsabgeordneten Bernhard Pohl (FW), Stracke und Kaufmann sowie dem AfD-

Kreisvorsitzenden Wolfgang Dröse für ihre Unterstützung.

Erstmals nahm auch Bürgermeister Fritz Obermaier an der Kundgebung teil, der sich bislang im Krankenstand befand. Er betonte auf Nachfrage unserer Redaktion den friedlichen Charakter der Versammlung und rief zu einer sachlichen Auseinandersetzung auf. Dennoch wolle die Gemeinde klar Stellung gegen die Politik im Bund beziehen, von wo das Thema „bis unten durchgereicht wird“. 34 Flüchtlinge lebten in Westendorf, sagte Obermaier. Die Gemeinde habe ihre Aufnahmequote erfüllt. Zudem sagte der Bürgermeister, dass sich der Zorn der Menschen auf die Politik längst auch in anderen Gemeinden zeige. „Dabei geht es uns nicht um die Flüchtlinge an sich“, betonte Obermaier.

Dass der Widerstand längst über die Gemeinde hinaus Wellen schlägt, zeigt die Reaktion von Kaltentals Bürgermeister Manfred Hauser. Dieser wies Vorwürfe aus Reihen der Container-Gegner gegen ihn und die anderen Bürgermeister der Verwaltungsgemein-

schaft (VG) Westendorf im Gespräch mit unserer Redaktion zurück. Die Initiative hatte bemängelt, dass sich die Bürgermeister aus der VG mit ihrem Vorsitzenden Hauser nicht mit Westendorf an einen Tisch setzen wollten, um über das Thema zu sprechen und der Gemeinde Rückhalt zu geben. Nachdem er als Vorsitzender des Wasserzweckverbandes der Gennach-Hühnerbach-Gruppe von den Plänen des Landratsamtes erfahren habe, sei er mit diesen Informationen sofort auf Westendorfs Bürgermeister Fritz Obermaier zugegangen, so Hauser. Zudem habe er die Landrätin bereits am 10. November „eindringlich auf die explosive Stimmung in Westendorf“ hingewiesen. Er habe darum gebeten, „die Angelegenheit vor Ort persönlich zu deeskalieren“. Ein gemeinsames Gespräch mit den Bürgermeistern der Verwaltungsgemeinschaft sei Zweitem Bürgermeister Manfred Wind für den Zeitpunkt zugesagt worden, wenn Bürgermeister Fritz Obermaier wieder genesen ist. Dies sei mittlerweile der Fall. Hauser betont, dass angesichts der ak-

tuellen Pläne des Landratsamtes in den Nachbargemeinden großes Verständnis für die Belange Westendorfs bestehe. „Wir haben politische Unterstützung signalisiert“, so der Kaltentaler Bürgermeister. Er appelliert, anders miteinander umzugehen, und kritisiert damit indirekt auch die Kreisbehörde: „Es ist der notwendigen Zusammenarbeit der Gemeinden untereinander, aber auch der Zusammenarbeit des Landratsamtes mit den Gemeinden nicht zuträglich, immer wieder mit dem Finger aufeinander zu zeigen.“

Unklar ist, wie es nun rechtlich weitergeht. Bürgerinitiative und Gemeinde erwägen, gegen die Pläne für eine Flüchtlingsunterkunft zu klagen. Die Gemeinde hat laut Obermaier einen Anwalt eingeschaltet, dessen Stellungnahme zum Bauantrag nach seinen Angaben am Montag noch nicht vorlag. Sollte das Einvernehmen verweigert werden, so teilt die Kreisbehörde mit, sehe das Baugesetz eine Prüfung durch die Bauaufsichtsbehörde vor, ob die Verweigerung den im Baurecht vorgesehenen Gründen entspricht.